

Neue Geschäftsführerin in Sachsen-Anhalt

Die SGK in Sachsen-Anhalt hat ein neues Gesicht. Mit dem Jahreswechsel übernahm Katharina Zacharias (30) die Geschäftsführung

Autor SGK Sachsen-Anhalt

Die gelernte Köchin ist seit 2019 stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Haldensleber Stadtrat und seit 2020 die stellvertretende Landesvorsitzende der SPD in Sachsen-Anhalt. „Ich freue mich sehr auf diese Aufgabe. Die Kommunalpolitik zu stärken ist in Zeiten steigender Politikverdrossenheit wichtiger denn je, denn dort ist Politik für die Menschen noch greifbar.“, sagt Zacharias. Besonderes Augenmerk möchte sie in Zukunft auf die Vernetzung legen. „Der Austausch ist unerlässlich. Wir können voneinander profitieren und



Katharina Zacharias

Foto: Susi Knoll

uns in Zeiten von vermehrtem Hass und Hetze gegenseitig den Rücken stärken.“

Dafür will die junge Frau die Veranstaltungen zumindest teilweise ins Internet verlegen. Dies sei in einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt wichtig, um eine breite Beteiligung der Mitglieder zu ermöglichen.

Außerdem will sie die Kompetenzen der Mitglieder im Bereich Digitales stärken. „Politische Kommunikation findet zu einem großen Teil online statt. Durch die Pandemie ist es für viele Menschen die einzige Möglichkeit in Kontakt zu bleiben.“, erklärt sie ihr Ansinnen. Auch digitale Ratsarbeit sei mittlerweile unerlässlich. Mit dem Workshop über Videoblogging ist der erste Schritt bereits getan worden und weitere werden in Zukunft folgen

Gestalten statt nur verwalten

Landrat stellt sich zur Wiederwahl

Autorin Katharina Zacharias

Dr. Steffen Burchhardt ist 39 Jahre alt, gelernter Bankkaufmann, diplomierter Volkswirt und promovierter Betriebswirt. Er ist glücklich verheiratet, Vater von zwei Jungs (9 und 11), sowie anderthalb Hunden, wie er scherzhaft bemerkt.

Steffen, wie bist du zur Politik gekommen?

Durch Zufall. Ich habe mich vor neun Jahren zusammen mit ein paar Eltern für den Erhalt unserer dörflichen Kita in Trägerschaft der Gemeinde eingesetzt. Die SPD-Fraktion im Gemeinderat war offen für Argumente und hat sich unserer Initiative angeschlossen. Gemeinsam haben wir ein Bürgerbegehren gestartet und innerhalb von wenigen Wochen knapp 2.400 Unterschriften für unser Anliegen gesammelt. Die Gemeinde hat unser Bürgerbegehren dann mit juristischen Mitteln verhindert. Da wurde mir klar, dass es ein Kampf gegen Windmühlen ist. Verändern kannst du nur, wenn du mitmachst und dich wählen lässt. Die SPD in meinem Heimatort Möser hat meine Leidenschaft in der Angelegenheit gesehen und mich direkt gefragt, ob ich für sie als Landrat kandidieren möchte. Gesagt, getan. Im Übrigen gibt es in Möser jetzt keine Mehrheit von CDU und FDP mehr. Also hat sich die Offenheit der SPD und unser gemeinsamer Einsatz am Ende doch ausgezahlt.

Du stellst dich ja zur Wiederwahl. Mit was bist du absolut zufrieden und was würdest du beim nächsten Mal anders angehen?

Die Aufgabe ist sehr spannend und vielfältig, wer möchte nicht seine eigene Heimat positiv entwickeln. Im Laufe der letzten 6,5 Jahre haben wir viel bewegt. Wir haben u.a. die Sportförderung verbessert, eine Kulturförderung aufgebaut, die touristische Vermarktung der Region angekurbelt und die Digitalisierung vorangetrieben. Besonders stolz bin ich aber auf die Sanierung mehre-

rer Schulen. Wir sind jetzt bei einem Sanierungsstand von ungefähr 90 Pro und werden in wenigen Jahren alle Schulen in unserer Trägerschaft in einen sehr guten Zustand versetzt haben. Dabei achten wir auch auf eine moderne Ausstattung, um den Schulen alle digitalen Möglichkeiten zu eröffnen.

Schwierig waren zwei Themen gleich zu Beginn meiner Amtszeit, wo man als junger Mensch einiges dazulernen kann und muss. Schließlich war ich 2014 bundesweit mit knapp 33 der jüngste Landrat überhaupt. Gleich zu Beginn hat das Land eine Schulschließung einer Sekundarschule forciert. Sachlich nüchtern und betriebswirtschaftlich war es die richtige Entscheidung, der wir uns als Träger der Schule nach einigen Schlagabtauschen im Kreistag auch angeschlossen haben. Ich würde beim nächsten Mal mehr um den Erhalt der Schule kämpfen. Eine Schule ist für eine Region eben mehr

als eine Kosten-Nutzen-Rechnung. Ich werde ein weiteres Ausdünnen der Schullandschaft im ländlichen Raum nicht mehr unterstützen. Das zweite Thema war nicht weniger emotional: Die Reformierung der Abfallwirtschaft im Landkreis. Fakt ist, wir mussten handeln und ich bin mehr denn je überzeugt, dass die Einführung des anreizkompatiblen Identensystems genau der richtige Schritt war. Allerdings musste ich erfahren, dass es bei einem solchen Prozess unglaublich auf die gesamte Kommunikationsstrategie ankommt. Wir haben es schlicht nicht geschafft alle Teile der Bevölkerung von den Vorteilen zu überzeugen. Ich habe unterschätzt, wie wichtig es gewesen wäre, dafür mehr Zeit und Geld zu investieren. Da nützt es nur bedingt, dass es mir immer gelungen ist, die Mehrheit der Räte zu überzeugen. Das ist mir eine Lehre für die Zukunft.

Welche 3 Fähigkeiten sind für

einen Landrat deiner Meinung nach besonders wichtig?

- Ein psychologisches Kommunikationstalent (es geht sowohl in der Politik mit gewählten Volksvertretern als auch als Verwaltungsleiter mit über 500 Mitarbeitern und auch im Einsatz für die 90.000 Einwohner immer darum miteinander zu arbeiten, sich zu verstehen und zielorientiert zu diskutieren)
- Beharrlichkeit auch lange unbequeme Wege zum Ziel zu gehen
- Kreativität bei der Lösungsfindung

Was macht dir an deinem Job am meisten Spaß?

Die Abwechslung an Themen und immer mit vielen Menschen in Kontakt zu sein

Wenn du für deinen Landkreis einen Wunsch frei hättest, welcher wäre das?

Ich würde mir wünschen, dass wieder mehr Menschen respektvoll miteinander umgehen und sich für die Gemeinschaft auf irgendeine Weise engagieren. Ob eine Region lebens- und liebenswert ist, hängt letztlich nicht von der Infrastruktur oder dem bloßen Einkommen ab, sondern überwiegend von den Menschen.



Landrat Steffen Burchhardt

Foto: privat

Was steckt im SPD-Wahlprogramm in Sachsen-Anhalt für die Kommunen drin?

Die SPD in Sachsen-Anhalt hat am Wochenende ihr Programm für die Landtagswahl beschlossen. Was planen die Sozialdemokrat*innen für die Kommunen? Silke Schindler, kommunalpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion und SGK-Vizevorsitzende, analysiert die Beschlüsse

Autorin Silke Schindler

Was steckt im Wahlprogramm zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt für die Kommunen drin? Ich sage: eine ganze Menge! Und das ist nicht nur unter dem Kapitel „Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalfinanzen“ zu finden.

Zugegeben, ich hätte mir dieses Kapitel etwas weiter vorn im Wahlprogramm gewünscht. Aber wie gesagt, in fast jedem Politikfeld finden wir die Kommunen angesprochen. Wir wissen, in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen erfahren die Bürgerinnen und Bürger direkt, ob unsere Gesellschaft funktioniert und die Aufgaben der öffentlichen Hand gewährleistet werden. Hier stellen sich die wichtigen Fragen von Mobilität, Sicherheit, Daseinsvorsorge oder Bildungsinfrastruktur – gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, aber auch in Krisenlagen, wie der Covid-19-Pandemie. So hat Corona gezeigt, dass in allen Bereichen der Daseinsvorsorge ein aktiver Staat gefragt ist.

600 Millionen für Krankenhäuser

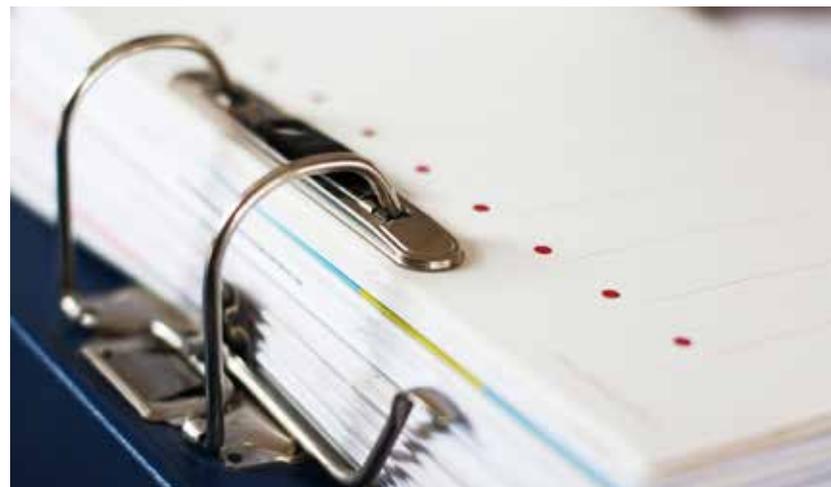
Wir stehen für die Sicherung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung besonders auch in ländlichen Regionen. Mit einem Investitionsprogramm in Höhe von rund 600 Millionen Euro wollen wir unsere Krankenhäuser modernisieren und leistungsfähig halten. Wir wollen Anreize schaffen, um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum weiterhin zu gewährleisten.

Die SPD steht für kostenlose Bildung von Anfang an. Daher wollen wir, dass frühkindliche Bildung und Betreuung, genau wie Schule, künftig beitragsfrei wird. Gleichzeitig setzen wir uns für weitere Qualitätsverbesserungen ein.

Bildung braucht neben genügend gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern vor allem auch flächendeckend gut ausgestattete Schulen. Daher wollen wir ein Investitionsprogramm für Schulen und Kindertagesstätten in Höhe von 300 Millionen Euro für die Jahre 2023–2025 auflegen. Die Schulentwicklungsplanung wird den Bedürfnissen des ländlichen Raumes angepasst. Schulschließungen sollen der Vergangenheit angehören.

Polizei und Feuerwehr unterstützen

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der



Von Krankenhäusern bis FAG, im Wahlprogramm der SPD Sachsen-Anhalt finden sich viele kommunal relevante Themen wieder.

Foto: Harald Reiss/pixelio.de

Menschen. Wir verstehen es als Pflicht der Politik, dafür zu sorgen. Deshalb werden wir die Polizeistärke erhöhen und uns für eine moderne und innovative Ausstattung der Polizei einsetzen.

Um den Brand- und Katastrophenschutz in den Kommunen weiter zu unterstützen, soll weiterhin die technische Ausstattung vor allem der freiwilligen Feuerwehren gefördert und die Feuerschutzsteuer vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden.

Konzepte für den ländlichen Raum

Sachsen-Anhalt ist ein Bundesland mit viel ländlichem Raum. Zukunftsorientierte Landespolitik muss dieses im Blick haben und gezielt Lösungen anbieten.

Wir wollen Sachsen-Anhalt schnell und flächendeckend in das Gigabit-Zeitalter führen. Dafür brauchen wir überall einen breitbandigen Internetanschluss. Gutes Mobilnetz sorgt dafür, dass der ländliche Raum sich gleichberechtigt entwickeln kann. Zur Verwirklichung all dieser Ziele

gleichsmasse noch für 2021 pauschal auf 1,7 Milliarden Euro inklusive einer Erhöhung der kommunalen Investitionspauschale auf jährlich 300 Millionen Euro bis 2023

- die Berücksichtigung eines Flächenfaktors bei den Verteilungskriterien im Finanzausgleichsgesetz (FAG)
 - jährlich eine Anpassung der FAG-Masse entsprechend der Tarif- und Besoldungsentwicklung,
 - die Berücksichtigung der Abschreibungen in der doppelten Haushaltsführung bei der Ausgestaltung des FAG
 - weiterhin eine ehrliche Weitergabe von Bundesmitteln, die für die Kommunen gedacht sind
 - die regelmäßige Anpassung des pauschalen Mehrbelastungsausgleichs für die Einnahmeausfälle der Kommunen als Folge der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
 - die Prüfung einer allgemeinen „Steuerschwankungsreserve“ in Gestalt eines Steuerschwankungsfonds, um unvorhersehbare Steuerausfälle der Kommunen zu kompensieren
 - die Einführung eines von Genehmigungs- und Konsolidierungsaufgaben freigestellten Mindestbetrages für die Bereithaltung freiwilliger sozialer Infrastruktur zur Erhaltung identitätsstiftender örtlicher kultureller und sozialer Einrichtungen
 - für die Städte und Gemeinden je Bürgerin und Bürger ein lokales Bürgergeld in Höhe von 20 Euro, welches unter Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner ebenfalls zur Finanzierung von freiwilligen Aufgaben verwendet werden kann
 - die Überprüfung des geltenden Kommunalwirtschaftsrechts auf seine Zukunftsfähigkeit in der Daseinsvorsorge und eine Erweiterung der Möglichkeiten der Kommunen
- Das Wahlprogramm verspricht viel. Nun müssen wir dafür kämpfen, dieses auch umsetzen zu dürfen.

Finanzen

Das Wahlprogramm setzt dafür einen eindeutigen Schwerpunkt auf die Kommunalfinanzen. Danach brauchen wir:

- eine Aufstockung der Finanzaus-